

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



Verantwortung übernehmen

Die Wahlen im Kanton Waadt oder das erfolgreiche Budgetreferendum in Olten vom Februar zeigen, was bürgerliche Zusammenarbeit bewirken kann. Klappt die Zusammenarbeit in anderen Kantonen oder auf Stufe Gemeinde, tun wir Solothurnerinnen und Solothurner uns schwer damit. **Seite 5**

Fraktionspräsident Damien Cottier

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier präsidiert seit Februar die FDP-Liberale Fraktion. Im Interview spricht er über seine Rolle als «Coach», die freisinnige Diskussionskultur und weshalb es wichtig ist, dass FDP-Parlamentarier in ihren Kantonen Präsenz zeigen. **Seiten 10 und 11**

Rückblick auf kantonale Wahlen

Im März und im April fanden in Obwalden, Nidwalden, Bern und Waadt kantonale Wahlen statt. Die FDP konnte verschiedene Erfolge feiern und den Aufwärtstrend bestätigen. Parteipräsident Thierry Burkart spricht im Interview über die Bedeutung freisinniger Erfolge in den Kantonen und wie dieser Schwung für die eidgenössischen Wahlen 2023 mitgenommen werden kann. **Seiten 12 und 13**

Europapapier der FDP

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf einer Erweiterung des Verhandlungspakets und wird abschliessend an der DV im Juni verabschiedet. **Seite 22**



Das sind die Parolen für den 15. Mai

Delegiertenversammlung in Breitenbach

124 Delegierte und zahlreiche Gäste fanden den Weg ins lauschige Breitenbach. Leider wurde keine «Blueschtfahrt» daraus, da der Schneefall eher an Winter erinnerte als an den Frühling. Die DV Agenda war mit Parolenfassungen, Statutarischem und einem Blick in die Ukraine reich befrachtet.

Kantonalpräsident Stefan Nünlist eröffnete die Solothurner Delegiertenversammlung (DV) und bat um eine Schweigeminute für den Ende März verstorbenen alt Nationalrat und alt Kantonsrat Franz Eng. Nationalrat Kurt Fluri würdigte das Leben und Schaffen des Verstorbenen. Siehe auch Seite 7.

Der Rest des Abends stand ganz im Zeichen der kommenden Volksabstimmungen vom 15. Mai 2022.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9 Aus dem Archiv
- 10/11 Fraktionspräsident Damien Cottier im Interview
- 12 Interview mit Parteipräsident Thierry Burkart
- 13 Rückblick auf vier kantonale Wahlen
- 14 Die Lage der AHV spitzt sich zu
- 15 Ja zu Frontex-Schengen für den Tourismus
- 16 Rückblick auf die Frühlingssession
- 17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Frontex-Referendum gefährdet Sicherheit in der Schweiz
- 19 Filmgesetz beschneidet Wahlfreiheit des Publikums
- 20 Ja zum Transplantationsgesetz
- 21 Gastbeitrag von Bachelor-Mentee Sebastian Binggeli
- 22 Neues Europapapier der FDP
- 23 Vermischtes



Ein Angriff auf unsere Werte

Schweizer Sicherheitspolitik neu denken

Liebe Freisinnige

Seit zwei Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, machen mich betroffen. Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende und wirkt sich auch auf die Schweizer Sicherheitspolitik aus.

NATO bleibt massgebend

Die aktuelle machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Eine vollständig autonome Verteidigung kann heute weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht gewährleistet werden. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den NATO-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende «Partnership for Peace» hinausgehende Kooperation anstrebt. Dazu sind in erster Linie die NATO-Programme «Partnership Interoperability Initiative» und «Enhanced Opportunities Partner» zu prüfen. Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die NATO massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss vorgängig die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit Blick auf aktuelle sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit dem F-35.

Ja zu Frontex-Schengen

Auch die Abkommen Schengen/Dublin sind wichtige Pfeiler der europäischen Sicherheit. Ein

Abseitsstehen der Schweiz würde die Schweiz zu einem Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge machen und ausserdem gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Deshalb braucht es am 15. Mai ein Ja zu Frontex-Schengen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat.

Deshalb nimmt die FDP auch ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines Grundlagenpapiers zur Europapolitik auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von Parteivorstand, Fraktion und der Parteipräsidentenkonferenz verabschiedet. Abschliessend befinden die Delegierten darüber. Ich freue mich darauf, viele Delegierte an der DV am 25. Juni in Andermatt begrüssen zu dürfen.

Bei den jüngsten Wahlen schnitt die FDP mit ermutigenden Resultaten ab. In der Waadt holten wir uns drei der fünf Regierungssitze. Auch im Parlament legte die FDP einen Sitz zu, wir halten jetzt 50 der 150 Sitze! In Obwalden legte die FDP drei Sitze zu, in Nidwalden bleiben wir deutlich stärkste Partei. Bereits im November durften wir zwei Sitzgewinne im Kanton Freiburg zur Kenntnis nehmen. Nachdem wir in den kantonalen Wahlen zuvor stets Verluste einfahren mussten, können wir feststellen: Der Turnaround ist geschafft. Es geht wieder aufwärts! Diese Erfolge spornen uns an! Zusammen mit Ihnen, liebe Freisinnige, wollen wir das liberale Feuer weiter in alle Ecken des Landes tragen.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortsetzung von Seite 1

Nein zum Filmgesetz

Nationalrat Kurt Fluri präsentierte die Argumente, die für das Filmgesetz sprechen. Der Film wird primär vom Bund gefördert, darum brauche es die entsprechenden Instrumente, so Fluri. Damit das Serien- und Filmangebot nicht zu einseitig wird, sind Schweizer Fernsehsender heute verpflichtet, zur Hälfte europäische und damit auch schweizerische Produktionen zu zeigen. Neu braucht es solche Regeln auch für internationale Streaming-Anbieter. «Die Förderung der Kultur ist ein liberales Anliegen. Daher haben in der FDP-Fraktion im Nationalrat zwei Drittel dem Filmgesetz zugestimmt», so Kurt Fluri.

Der Präsident der Jungfreisinnigen, Philipp Eng, erläuterte die Gegenargumente. Mit der Verpflichtung von Streamingdiensten und privaten Fernsehsendern zu einer 30-Prozent-Quote für europäische Filme müssten diese ihr Angebot an Filmen per Gesetz vergrössern. «Ein Kinobesuch eines Schweizer Films wird in der Schweiz bereits heute mit 140 Franken subventioniert. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern sind die vier Prozent Abgabe sehr hoch. Viele Länder in Europa kennen keine Zwangsabgabe. Die Filmförderung wird bereits heute mit über 110 Millionen Franken subventioniert. NEIN zu Protektionismus und Nein zu unliberalem Heimatschutz», so Eng abschliessend.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage mit 32 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen die «Nein»-Parole.

JA zur Verfassungsänderung «öffentliche Schulen»

Kantonsrat Michael Kummli (Subingen) erläuterte das Vorgehen bei der Verfassungsänderung. Die Änderung von Zuständigkeiten und Aufgabenteilung im Volksschulgesetz entsprechen mit den Änderungen nicht mehr der Kantonsverfassung. Darum ist diese Abstimmung notwendig. Im Kantonsrat wurde die Änderung mit 94:0 Stimmen angenommen.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage einstimmig die «JA»-Parole mit 124 Ja-Stimmen.

Gesetzesinitiative «Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge»

Kantonsrat Daniel Cartier (Gretzenbach) erläuterte die Gesetzesinitiative. Sie hat zum Ziel, die Sozialhilfeleistungen an asyl- und schutzsuchende Personen ohne Aufenthaltsbewilligung sowie an vorläufig aufgenommene Personen – im Vergleich zu den heutigen Leistungen – erheblich zu reduzieren. Cartier an der DV: «Diese Initiative hat keinen praktischen Nutzen, sondern ist eine rein politische Geschichte.»

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die

«Nein»-Parole mit 12 Ja- gegen 109 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Volksinitiative «Jetz si mir draa» und Gegenvorschlag

Kantonsrat Christian Thalmann (Breitenbach) präsentierte die Inhalte der Volksinitiative «Jetz si mir draa» und den Gegenvorschlag. Die Volksinitiative «Jetz si mir draa» hat zum Ziel, die Steuerbelastung aller Einkommen auf den Schweizer Durchschnitt zu senken. Der Gegenvorschlag der Regierung hat moderate Tarifanpassungen und Änderungen bei den Abzügen vor und ist für Kanton und Gemeinden finanziell besser verkraftbar.

Mit dem Gegenvorschlag soll der Tarif für Alleinstehende ohne Kinder mit Einkommen unter 50 000 Franken gesenkt werden. Die Steuerausfälle beim Gegenvorschlag würden insgesamt minus 57,8 Millionen betragen. Bei der 1. Volksinitiative minus 102 Millionen und bei der 2. Volksinitiative minus 271 Millionen Franken.

Der Gegenvorschlag der Regierung / FIKO und des Kantonsrates sieht vor,

- Den Pendlerabzug auf 7000 Franken zu limitieren;
- Die Drittbetreuungskosten auf maximum 25 000 Franken zu erhöhen;
- Den Sozialabzug von 6000 auf 9000 Franken zu erhöhen;
- Die Tarife (auf Einkommen) zu reduzieren und die Eintrittsschwelle zu erhöhen.

Damit würden die Steuerpflichtigen mit Kindern und diejenigen mit tiefen Einkommen und Rentner klar entlastet. Durch die Erhöhung der Drittbetreuungskosten werden insbesondere die Doppelverdiener gefördert, was die Integration beider Ehepartner ins Berufsleben fördert.

Christian Thalmann betonte: «Die Volksinitiative würde den Gemeinden empfindliche Steuerausfälle bringen und wäre für Gemeinden mit einer hohen Verschuldung existenzbedrohend.»

Roger Siegenthaler, Präsident des VSEG, argumentierte, dass sich die Gemeinden nicht fremdbestimmen lassen wollen und sie ihre Steuersätze selbst bestimmen wollen.

Laut Regierungsrat Peter Hodel bringt der Gegenvorschlag bei 40 000 bis 120 000 Franken Einkommen die höchste Entlastung. Der grösste Teil der Gewerbebetriebe liegt steuermässig in diesem Bereich, darum hat auch der Gewerbeverband dem Gegenvorschlag zugestimmt. «Die Steuersenkungen müssen vernünftig, verkraftbar und bezahlbar sein», so Hodel weiter.

Johanna Bartholdi, Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin von Egerkingen, doppelt nach: «Es gehört zu unserer politischen Kultur, Kompromisse einzugehen und ein Kompromiss ist nur dann vollkommen, wenn alle ein wenig unzufrieden sind. Der Gegenvorschlag erfüllt diese Voraussetzungen.»

Markus Spielmann, Kantonsrat und Fraktionspräsident, spricht Klartext: «Der Katasterwert ist nicht Gegenstand dieser Abstimmung, darum sage ich Ja zum Gegenvorschlag und Nein zur Initiative.»

Kurt Fluri, Nationalrat: «Weder die Initiative noch der Gegenvorschlag bringen dem Kanton etwas. Sie bringen nur dem einzelnen Steuerzahler etwas. Darum lehne ich die Initiative und den Gegenvorschlag ab.»

Daniel Probst, Kantonsrat: «Wenn wir heute zweimal Nein sagen, wären wir die einzige Partei im Kanton Solothurn, die gegen Steuersenkungen ist.» Nach einer hitzigen Debatte fassten die Delegierten schliesslich folgende Parolen:

Volksinitiative «jetz si mir draa»: Nein (117 Nein, 4 Ja und 3 Enthaltungen)

Gegenvorschlag: Ja (104 Ja, 18 Nein und 2 Enthaltungen)

Stichfrage: Mehrheit für den Gegenvorschlag, 3 Stimmen für die Volksinitiative, 3 Enthaltungen

Statutenanpassungen

Kantonalpräsident Stefan Nünlist erklärt, dass mit dem Projekt FDP 2025 Anpassungen der Statuten notwendig wurden. Die Zusammensetzung des Parteivorstandes, der Geschäftsleitung und der kantonalen Delegierten wurden angepasst. Annekäthi Schlupe erwähnt, dass unter Artikel 14, Absatz 4, das Wort «Versammlung» mit «Sitzungen» zu ersetzen sei. «Vorstandsmitglieder, die mehr als der Hälfte der Sitzungen pro Jahr unentschuldig fernbleiben, sind zu ersetzen.»

Die angepassten Statuten werden einstimmig genehmigt.

Personelles / Wahl Vizepräsidium

Das Amt der Vizepräsidentin ist seit letztem Jahr vakant. Zur Wahl stellte sich Sabrina Weisskopf-Kronenberg aus Biberist. Sie ist Rechtsanwältin, verheiratet und hat zwei Kinder. Ihre Motivation ist die Mitgestaltung der freisinnigen Politik im Kanton Solothurn.

Sabrina wird per Akklamation gewählt.

Ukraine, Russland und die Schweiz

Jürg Kürsener, lic. rer. pol., M.S., Oberst i Gst (aD), eh. Mitglied GL Strategischer Nachrichtendienst, VA in Berlin, persönlicher Berater des Chefs der Armee, erläutert die momentane Situation im Kriegsgebiet, was die Zuhörerschaft nachdenklich stimmt.

Schlusswort des Präsidenten

Stefan Nünlist bedankt sich bei der Ortspartei Breitenbach für die Organisation des Anlasses und fordert die Versammlungsteilnehmer auf, die Volksinitiative «SO schlank. SO stark» und die Individualbesteuerung zu unterschreiben.

Barbara Feldges



Zwei starke Frauen in (ge-)wichtigen Positionen

FDP Frauen Kanton Solothurn



Sabrina Weisskopf-Kronenberg

Gleich zwei Frauen wurden bei der FDP Kanton Solothurn in wichtige Positionen gewählt: Barbara Feldges ist neue Präsidentin der Stadtpartei Solothurn. Sabrina Weisskopf Kronenberg amtiert neu als Vizepräsidentin der Kantonalpartei. Es ist Zeit, diese beiden Frauen besser kennen zu lernen. Wir drucken Auszüge ihrer Wahlreden, in denen sie sich gleich selbst vorstellen.

Barbara Feldges – Auszug aus ihrer Wahlrede

Gerne stelle ich mich zur Wahl als neue Präsidentin der Stadtpartei und bitte euch um eure Stimme. Ich kandidiere für dieses Amt, weil ich eine überzeugte Freisinnige bin und weil mir die Partei am Herzen liegt.

Die FDP der Stadt Solothurn ist nach wie vor die stärkste Partei im Gemeinderat. Wir verfügen über zahlreiche gute Köpfe, wie wir mit unseren Listen für Gemeinderat und Kantonsrat bei den letzten Wahlen bewiesen haben. Seit über hundert Jahren haben wir den Solothurner Stadtpräsidenten gestellt und dürfen behaupten, dass in der 28-jährigen Amtszeit von Kurt Fluri ein wesentlicher Beitrag für die gesunde Entwicklung der Stadt geleistet wurde.

Gleichzeitig befinden wir uns als Partei an einem Tiefpunkt. Wir haben im Herbst das Stadtpräsidium an die SP verloren. Wir sind als Partei träge geworden. Es fehlt uns an Zusammenhalt und Enthusiasmus. Wenn wir uns als stärkste Partei in der Stadt behaupten und das Stadtpräsidium zurückerobert wollen, müssen wir unser Profil schärfen, unsere Rolle in der Stadt und unsere Arbeits-

weise überdenken. Ich will als Präsidentin keinen bestimmten persönlichen Kurs durchsetzen – aber ich will, dass wir offene inhaltliche Fragen klären und als Partei eine Haltung haben. Den Kurs der Partei bestimmen unsere gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier gemeinsam mit dem Parteivorstand.

Liebe Freisinnige, ich stehe als Lehrerin nicht im täglichen Wettbewerb wie eine Unternehmerin, aber glaubt mir, mit mühsamen Diskussionen und überzeugten Einzelkämpfern habe ich meine Erfahrungen. Mir ist es wichtig, auch im Vorstand zusammen zu diskutieren und vielleicht manchmal zu streiten. Die neuen Vorstandsmitglieder sind unterschiedliche Köpfe mit eigenen Meinungen. Das ist gut so. Mit einer klaren Aufgabenteilung und einer effizienten Sitzungsstruktur werden wir gemeinsam Bewährtes erhalten und Neues schaffen.

Ich kann euch nicht versprechen, dass ich alles richtig mache und die FDP in drei Jahren die absolute Mehrheit erringt. Aber ich kann euch versprechen, dass ich mein Bestes geben werde. In diesem Sinne: «Es isch immer eso gsi und Zit für öppi Nöis!

Sabrina Weisskopf-Kronenberg – Auszug aus ihrer Wahlrede

Ich bin 32-jährig, Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern und selbstständige Rechtsanwältin in einer Solothurner Kanzlei. Seit über fünf Jahren bin ich Gemeinderätin in Biberist und Stiftungsrätin der Stiftung Schmelzi. Weiter führe ich im Kanton Solothurn das Pikett der Strafverteidiger. Ich habe im 2021 für den Kantonsrat kandidiert, den Einzug ins Parlament aber leider knapp verpasst.

Als Gemeinderätin setze ich mich für schlanke und effiziente Behördenstrukturen, einen sparsamen Steuerhaushalt sowie für moderne Schulen und den Aufbau von Tagesstrukturen ein. Ich lege weiter Wert auf ökologische Standards, die jedoch auf Anreizen und nicht auf Zwang basieren. Gerade in den jetzigen Krisenzeiten benötigen wir eine liberale Wirtschaftspolitik, um unsere KMU und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten.

Meine Freizeit verbringe ich gerne in den Bergen. Zu meinen Hobbys gehören Klettern, Wandern, Joggen, Skitouren – eigentlich fast alles, was man in der Natur erleben kann. Ich bin abenteuerlustig und für jeden Spass zu haben – eine sehr gute Ergänzung zu meinem seriösen Berufsalltag.

Als Anwältin setze ich mich beruflich bereits täglich für die Interessen meiner Klienten ein. In Zukunft möchte ich mich für unsere Kantonalpartei und die Interessen der Freisinnigen in unserem schönen Kanton einsetzen.

Ich freue mich ausserordentlich auf diese neue Aufgabe und habe jederzeit ein offenes Ohr für Ihre Anliegen oder Anregungen.

Stefan Nünlist, Olten



Verantwortung übernehmen

Präsidiale Gedanken

Viele Freisinnige wünschen sich eine verstärkte bürgerliche Zusammenarbeit. Nur so können wir das immerwährende rot-grüne Wunschkonzert stoppen, Bewährtes stärken und die Zukunft erfolgreich gestalten.

Wahlen und Budgetreferendum

Die Wahlen im Kanton Waadt oder das erfolgreiche Budgetreferendum in Olten vom Februar zeigen, was bürgerliche Zusammenarbeit bewirken kann. Klappt die Zusammenarbeit in anderen Kantonen oder auf Stufe Gemeinde, tun wir Solothurnerinnen und Solothurner uns schwer damit. Es gelingt uns Bürgerlichen selten, uns für Wahlen oder Sachvorlagen zusammenzurufen. Der von Fraktionspräsident Markus Spielmann und mir lancierte Aufruf an die SVP zur konstruktiven Zusammenarbeit löste eine Welle entrüsteter Leserbriefe aus. Doch lassen wir uns davon nicht beirren. Politik ist und bleibt die Kunst des Möglichen. Verantwortung übernehmen heisst Probleme anpacken und lösen, etwas bewirken und verändern. Dies bedingt Mehrheiten im Parlament und im Volk. Einfluss und Mehrheiten gewinnt man mit besseren Argumenten und Köpfen, aber auch mit Kooperationsfähigkeit und einer gewissen Kompromissbereitschaft. Ständiger Wahlkampfmodus und das Beharren auf Maximalforde-

rungen bremsen unser Land und bringen uns nicht weiter.

Steuerinitiative «Jetz si mir draa»

Ein gutes Beispiel für gemeinsames, weit über bürgerliche Zusammenarbeit hinausgehendes politisches Handeln ist die anstehende Volksabstimmung über die Steuerinitiative «Jetz si mir draa». Während Jahren kämpfen wir Freisinnige für eine Reduktion der Steuerbelastung im Kanton Solothurn. Vor zwei Jahren ist es uns im zweiten Anlauf gelungen, die Gewinnsteuern für die Unternehmen mit der «STAF-Vorlage» zu senken. In einem nächsten Schritt geht es nun um Steuerentlastungen für natürliche Personen. Selbstverständlich wäre das Ziel der Initiative «Jetz si mir draa», die Solothurner Steuerbelastung auf den Schweizer Schnitt zu senken, erstrebenswert. Der damit verbundene Ausfall für Kanton und Gemeinden ist aber nicht verkraftbar, dafür fehlt uns schlicht das notwendige Steuersubstrat. Daher setzt der vom Freisinn massgebend mit-



geprägte Gegenvorschlag bei den tieferen und mittleren Einkommen an. Da ist die Belastung im Schweizer Vergleich überproportional und der Handlungsbedarf gross. Aus freisinniger Sicht ist der Gegenvorschlag eine gute Vorlage mit Augenmass: Von der Vorlage profitieren viele, auch freisinnige Wählerinnen und Wähler wie etwa Rentnerinnen und Rentner, Familien mit Kindern und auch Gewerbetreibende und Einzelunternehmen. Mit der Erhöhung der Abzüge für die Kinderbetreuung setzen wir das freisinnige Postulat um, dass sich Arbeit lohnen muss, um gut ausgebildete Frauen im Erwerbsprozess zu halten. Schlau ist, dass unser freisinniger Finanzdirektor Peter Hodel bereits im Regierungsrat durchsetzen konnte, die umstrittene Revision des Katasterwertes losgelöst von der Steuerreform anzugehen. Und schliesslich sind die mit dem Gegenvorschlag verbundenen Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden – auch wenn das deren finanziellen Anspannungsgrad teilweise erhöht – tragbar. Die entsprechenden Befürchtungen des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden sind ernst zu nehmen und zu adressieren. Aber aufgrund dieser Befürchtungen zum Gegenvorschlag «Nein» zu sagen, ist falsch und käme aus freisinniger Sicht einem verschossenen Penalty gleich.

Begrenzung des Pendlerabzugs

Wie bei jedem Kompromiss mussten wir Freisinnige im Kantonsrat auch Kröten schlucken, so etwa die Begrenzung des Pendlerabzuges auf 7000 Franken. Klar wäre es uns lieber gewesen, die bisherige, unbeschränkte Praxis beizubehalten. Aber die Kunst der Politik besteht darin, auf Kurs zu bleiben und gemeinsam mit den anderen Akteuren Lösungen zu finden. Entsprechend gehen wir mit einer breiten Allianz von Grün, Rot, GLP, Mitte bis hin zur FDP in die für die Attraktivität und die Zukunft unseres Kantons wichtige Volksabstimmung. Bedauerlich ist, dass wir uns mit der SVP im Kantonsrat nicht einigen konnten. Aber Regierungsfähigkeit setzt eben auch die Bereitschaft voraus, Kompromisse zu schliessen, zu Lösungen Hand zu bieten und Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Stefan Nünlist
Kantonsrat und Parteipräsident

Jungfreisinnige Frauen



Helin Figenergül (26)

Nach Abschluss der Lehre als Kauffrau und der Berufsmaturität habe ich die juristische Grundausbildung für Nichtjuristinnen (CAS) an der FHNW angestrebt und erfolgreich beendet. Momentan besuche ich die Notariatsseminare, um meinem Ziel, Notarin zu werden, näher zu kommen. Zum ersten Mal kam ich mit der FDP an der Einbürgerungsfeier als 13-jähriges Mädchen in Kontakt. Diese Begegnung mit diesem – mir noch unbekanntem – Mann von der FDP hinterliess bei mir einen bleibenden positiven Eindruck. Schon in diesem Alter hat mich die Politik sehr interessiert. Ich konnte es kaum erwarten, mit 18 Jahren endlich abzustimmen. Im Jahre 2021 habe ich mich dann entschieden, mich aktiv in der Politik einzubringen, und kandidierte zum ersten Mal für den Gemeinderat in der Stadt Solothurn. Im gleichen Jahr hat Philipp Eng, Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn, mich überzeugt – auch bei den Jungfreisinnigen mitzumachen. Die Jungfreisinnigen habe ich in einem herzlichen familiären Umfeld als engagierte junge Politiker kennen gelernt, welche von einem Präsidenten geführt werden, der mit viel Herzblut dabei ist. Ich vertrete die Meinung, dass nicht nur die jüngere Generation in der Pflicht steht, ihre Zukunft politisch mitzugestalten, sondern auch die ältere Generation sich darum bemühen sollte, ein Rechtssystem zu hinterlassen, welches den Jüngeren gerecht wird. Dies beginnt auch mit der Ablehnung des neuen Filmgesetzes!



Gina Rizzoli (18)

Aller Anfang ist schwer. So gab es bei meiner Anmeldung vor über einem Jahr ein Problem, worüber wir im Nachhinein jedoch lachen können. Zum Glück hat es dann mit der zweiten Anmeldung geklappt und ich kann seitdem meine politischen Anliegen, wie die Renteninitiative, einbringen und selber mitgestalten. Mein Name ist Gina Rizzoli. Ich bin 18 Jahre alt und schliesse diesen Sommer meine Matura an der Kanti Solothurn mit dem Schwerpunktfach Musik ab. Danach möchte ich mein Medizinstudium in Bern beginnen, den Solothurner Freisinn jedoch immer noch weiterhin prägen!



Melanie Racine (23)

Meine politische Reise begann im Frühling 2018: Ich besuchte auf Empfehlung von unserem Parteipräsidenten (merci, Stefan!) einen Anlass der Jungfreisinnigen Solothurn. Ich fühlte mich sehr willkommen und war sofort Feuer und Flamme, mich für unsere liberalen Werte einzusetzen. Der Einsatz hat sich gelohnt und ich durfte in den letzten Jahren sehr viel Spannendes erleben: Nationalratswahlen 2019, Kantonsratswahlen 2021, Standesinitiative Cannabis-Legalisierung, Vorstand der Renteninitiative, Gemeinderat Zuchwil. Als gelernte Mediamatikerin versuche ich, unsere Partei auch kommunikativ immer ins beste Licht zu rücken. Im Sommer schliesse ich mein berufsbegleitendes Bachelor-Studium in Business Communications ab und letzten Herbst durfte ich gemeinsam mit Philipp Eng unser Social Media Consulting Unternehmen «bevisible» gründen. Ich lebe unsere Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt tagtäglich und mein Ziel ist es stets, andere auch dafür begeistern zu können.



Sveva Castrini (18)

Jung. Mitdenkend. Zukunftsorientiert. Mein Name ist Sveva C. Castrini und ich bin 18 Jahre alt. Aufgewachsen in Bettlach, habe ich dort meine Schulzeit verbracht. Als aktives Mitglied des Turnvereins habe ich die Verbundenheit zur Gemeinschaft entdeckt. Während der Lancierung der Renteninitiative bin ich der Sektion Solothurn beigetreten und habe für die Politik schnell Feuer gefangen. Während der Unterschriftensammlung für die Renteninitiative und im Austausch mit den anderen Mitgliedern hat sich mein Interesse für die nationale Politik intensiviert. An den Kongressen in Bern und Locarno wurde mir klar, dass ich ebenfalls meinen Beitrag leisten möchte, um den Liberalismus voranzubringen ... weil Freiheit in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich ist! Ich bin Lernende Kauffrau in der Immobilienbranche und nebst der Politik in der Leichtathletik aktiv und habe auch dort grosse Ambitionen. Die Motivation und Disziplin vom Sport will ich in die Parteiarbeit einbringen, um deren Zukunft mitgestalten zu können.



Debora Gfeller (19)

Mein Name ist Debora Gfeller und ich befinde mich kurz vor dem Abschluss der Matura, welche ich im Feusi Bildungszentrum absolviere. 2019 habe ich angefangen, mich für Politik zu interessieren. In diesem Jahr habe ich dann auch die Jugendsession in Bern besucht. Dort wurde ich von jungen Juso-Frauen, die sich 40 Wochen Mutter- und Vaterschaftsurlaub wünschten, abgeschreckt. Als ich mich über diese Forderungen aufregte, stellte sich eine Gruppe von jungen Männern bei mir vor. Jungfreisinnige. Sofort waren wir auf einer Wellenlänge und nach der Session beschloss ich, mich beim Jungfreisinn anzumelden. Beim ersten Event, den ich besucht habe, wurde ich mit offenen Armen empfangen. Ich fühlte mich sofort sehr wohl und war mir ab diesem Zeitpunkt sicher, dass ich die für mich richtige Partei ausgewählt habe. Es ist sehr schön, ein Teil von Projekten wie die Renteninitiative zu sein, welche ausschlaggebend für die Zukunft von uns Jungen ist. Zudem bin ich gerne Mitglied in einer Partei, welche wie eine Familie aufeinander Acht gibt und man immer auf gegenseitige Unterstützung zählen kann.



Misra Canbaz (19)

Mein Name ist Misra Canbaz, ich bin 19 Jahre alt und im Abschlussjahr an der Kantonsschule Solothurn mit dem Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht. Danach möchte ich Rechtswissenschaften studieren und meinem Ziel, Richterin zu werden, ein Stück näher kommen. An der Politik bin ich schon lange interessiert. Durch meine Freunde entschied ich mich im Sommer 2021, ein Mitglied bei den Jungfreisinnigen zu werden. Ich merkte schnell, wie wichtig mir diese Partei und deren Werte sind, und wollte viel mehr dafür investieren. So kandidierte ich für den Vorstand und wurde im Februar 2022 gewählt. Aktives Engagement für die Schweizer Politik finde ich sehr wichtig. Vor allem junge Menschen sollen die Möglichkeit nutzen, ihre eigene Zukunft mitzugestalten. Ich bin eine Jungfreisinnige, weil ich mich hier zu Hause fühle. Hier erkenne ich meine Werte auch bei den anderen und somit entsteht ein familiäres Umfeld.



Ein Freisinniger von Format

Zum Hinschied von alt Nationalrat Franz Eng

Im hohen Alter von 94 Jahren ist Mitte März alt Nationalrat Franz Eng verstorben. Sein politischer Werdegang verlief typisch solothurnisch; er nahm seinen Anfang in der Gemeinde und führte über das Kantonsparlament schliesslich in das Bundesparlament.

Als junger Anwalt stellte sich Franz Eng 1964 Günsberg, einer kleinen Leberberger Gemeinde, als Gemeindeammann zur Verfügung, ein Amt, das er bis 1977 erfolgreich ausübte, was ihm die Günsberger mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts verdankten. Günsberg war für Franz Eng auch die Startrampe für die weitere politische Karriere. Bereits 1965 schaffte er problemlos im ersten Anlauf die Wahl in den Kantonsrat und 1971 wurde er erst 43 Jahre alt als Nachfolger des zurückgetretenen Josef Hofstetter in den Nationalrat gewählt. Damals verfügte die Solothurner FDP in Bern noch über drei Nationalräte und einen Ständerat.

Vor der Parlamentsreform gab es in den eidgenössischen Räten nur wenige ständige Kommissionen, so dass die meisten Vorlagen in Spezialkommissionen vorberaten wurden. Hier konnte sich der seriös schaffende Jurist Franz Eng profilieren und es gelang ihm vor allem als Kommissionspräsident immer wieder, unter den Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher parteipolitischer Provenienz einen Konsens herbeizuführen, der auch im Plenum durchsetzungsfähig war. In der FDP

Schweiz übernahm Franz Eng das Präsidium der Parteiprogrammkommission für die Wahlen 1979. Es war ein Programm, das mit dem Schlagwort «Mehr Freiheit – weniger Staat» für Furore sorgte und der FDP im Nationalrat den Anstieg von 47 auf 51 Mandate verschaffte (heute sind es noch 28). Damit hat sich Franz Eng 1978 auch in die Startposition als neuer FDP-Fraktionspräsident begeben, wo er die Nachfolge des Tessiners Luigi Generali antrat. Die Krönung bildete schliesslich vier Jahre später seine Wahl zum Nationalratspräsidenten. Zusammen mit der Wahl des Sozialdemokraten Walter Weber zum Ständeratspräsidenten war damit der Kanton Solothurn der erste Stand in der Geschichte des Bundesstaates, der 1982 zum zweiten Mal gleichzeitig beide Präsidenten der eidgenössischen Kammern stellte. Am Ende seines Präsidentschaftsjahres verabschiedete er sich dann von der Bundespolitik.

Franz Eng war ein freisinniger Politiker von Format, wohlgeleitet in der Partei und Fraktion und ebenso bei den freisinnigen Bundesräten Honegger, Chevallaz und Delamuraz, zu denen er

eine enge Beziehung pflegte. Der Abschied vom Bundeshaus bedeutet jedoch nicht die Verabschiedung von der Politik. Dem Wunsch von Bundesrat Kaspar Villiger, die Fichen im EMD aufzuarbeiten, kam er mit Begeisterung nach. Der Wirtschaftsanwalt Eng wurde auch Verwaltungsrat bedeutender Firmen, unter anderem bei der Atel, AEK, Ascom oder bei der Handelsbank.

Bis ins hohe Alter verfolgte er mit grossem Interesse und bis zuletzt in geistiger Frische das politische Geschehen. Das Zusammensein mit ihm war stets eine Bereicherung; allerdings musste man dabei gegen seine oft spöttischen Bemerkungen gewappnet sein. Er war ein geselliger Mensch und auch ein leidenschaftlicher Opernliebhaber. Er behauptete, über das absolute Musikgehör zu verfügen, weshalb er das Staubsaugen nicht ertragen könne. Ein im Frühjahr stark akut werdendes Nierenleiden machte einen kurzen Spitalaufenthalt erforderlich, wo er am 17. März von seinen Altersbeschwerden erlöst wurde.

Urs Marti

Haben wir uns geirrt?

Kolumne

Die Deutschen sind in ausserordentlichen Situationen immer parat mit markigen Worten, was nicht heissen will, dass diesen dann auch Taten folgen. Nach Putins massivem Angriff auf die Ukraine spricht Bundeskanzler Olaf Scholz von einer «Zeitenwende». In der Tat. Was in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch unter tatkräftiger Mitarbeit der Schweiz für eine bessere Welt mühsam erarbeitet worden ist, macht ein absolut skrupelloser Diktator mit einem Federstrich zunichte. Das humanitäre Völkerrecht, die Genfer Konvention, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Uno-Charta sind in der russischen Leseart nur noch Makulatur.

Haben wir uns geirrt? Diese Frage stellt sich vor allem gebieterisch in Bezug auf unsere Verteidigungs- und Energiepolitik. Mit grossem Pomp haben wir Ende 2003 die «Armee 95» verabschiedet, um sie mit einem erheblich reduzierten Mannschafts- und Ausrüstungsstand «der veränderten Sicherheitslage» anzupassen. 2011 hat der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und das Parlament ist ihm gefolgt, und das wegen eines Ereignisses, das in keinem Zusammenhang mit der Sicherheit unserer Atomkraftwerke steht.

Nun hat uns Putin in den letzten Tagen und Wochen die kriegerische Fratze in ihrer ganzen Grässlichkeit gezeigt und ebenso, dass dauerhafter Friede in Europa eine Illusion ist. Ausserdem führt uns der Krieg drastisch unsere Energieabhängigkeit vom Ausland vor Augen. Was ziehen wir daraus für Konsequenzen? Offensichtlich noch keine bei der SP. In ihren Thesen steht nach wie vor: «Die Armee muss umfassend ab- und umgebaut werden.» In der Militärpolitik schickt sie vor allem ihre Damen, darunter auch die Solothurner Nationalrätin Franziska Roth, an die Front, während sich die (wenigen) Männer, die noch wehrfähig wären, bedeckt in Deckung halten. Das war zu einer Zeit, als Boris Bonga die SP im Nationalrat vertreten hat, noch anders gewesen. Mit allen Mitteln will man die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges torpedieren.

Sogar Energieministerin Simonetta Sommaruga meint, wir müssten von der ausländischen Ener-



gieversorgung unabhängiger werden. Aber gleichzeitig bastelt sie mit ihrer Energiepolitik vor allem an Solar- und Windenergieanlagen herum, und noch kurz vor Kriegsausbruch propagierte sie ausgerechnet den Bau von Gaskraftwerken auf Reserve. Zur Energieversorgung brauchen wir zumindest kurzfristig weiterhin Kernenergie. Und das Beharren auf festgefahrenen Gleisen, wie uns das vor allem die Grünen vormachen, hilft uns da nicht weiter.

Bedenklich schliesslich, was man in der derzeitigen schlimmen Situation von der SVP zu hören bekommt. Nationalrat Andreas Glarner gibt dem Westen eine Mitschuld am Krieg, und ihre Vizegfrau, Magdalena Martullo-Blocher, verbietet ihren Angestellten, das Wort «Ukraine-Krieg» weiterhin zu benutzen, angeblich um ihre Mitarbeiter in Russland zu schützen. Wenn eine Vizepräsidentin der Partei so etwas verfügt, muss man sich nicht mehr darüber wundern, wenn die Parteileitung sich nicht von einem solch absolut nicht tolerierbaren Verhalten distanziert, geschweige denn, dass sie solche Leute zurechtweisen würde.

Die FDP steht für eine starke Armee, die ihre Aufgabe erfüllen kann, und sie wendet sich gegen ein gesetzliches Technologieverbot beim Ausbau und Ersatz einheimischer Kernkraftwerkanlagen. Sie zeigt Haltung.

Urs Marti, Langendorf

AGENDA

Sonntag, 15. Mai

Eidgenössische Abstimmung

Montag, 23. Mai

19 Uhr: Sitzung Parteivorstand, Rössli Oensingen

24. und 25. Mai

10 Uhr: Supporter Club, Besichtigung Dyhrberg, Klus

Freitag, 10. Juni

FDP Frauen, Sommeranlass, Dornach

Dienstag, 16. August

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Lohn)

Donnerstag, 18. August

Jahreszusammenkunft Alt Kantonsräte, Gäu

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel in den Orts-/Amteiparteien

Amtei Dorneck-Thierstein

David Häner (neu) für Mark Winkler

Stadt Solothurn

Barbara Feldges (neu) für Charlie Schmid

Himmelried

Roland Meier (neu) für Kurt Pflugi

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten/-innen herzlich für ihren Einsatz und wünschen den Neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Jetzt Unterschriften sammeln!

Die Unterschriftensammlungen für die kantonale Initiative «SO Schlank. SO Stark.» (1:85) und die nationale Initiative für die Individualbesteuerung sind am Laufen. Unterschriftenbogen sind im Sekretariat erhältlich.

Bitte stellen Sie uns die ausgefüllten Bogen jeweils zeitnah zu.

Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Osteuropa war auch im «Freisinn» vom Mai 1992 ein wichtiges Thema.



Bereits vor 30 Jahren debattierte die Schweiz intensiv über neue Kampfflugzeuge. Das polemische Vorgehen der Gegner neuer Kampfflugzeuge war damals gleich wie heute, wie ein Blick in den «Freisinn» von Mai 1992 zeigt. Ebenfalls eindrücklich ist der Bericht der ersten freien Wahlen in Albanien.

Es mag ja sein, dass sich die Geschichte grundsätzlich nicht wiederholt. Manchmal hält die Gegenwart aber frappierende Ähnlichkeiten mit der Vergangenheit bereit. In der Frühlingssession 1992 stimmten die eidgenössischen Räte dem Kauf von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 zu. Die GSoA lancierte darauf eine Initiative, die die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen verbieten wollte. Alles in allem ein ähnliches Muster, wie wir es zurzeit mit der «Stop F-35-Initiative» erleben. Während im Jahr 2022 die SRF-«Rundschau» mit tendenziöser Berichterstattung auffällt (und vom Ombudsmann gerügt wird), ist es im Jahr 1992 die SP, die negativ auffällt. An Ostern drohte der damalige SP-Präsident Peter Bodenmann dem damaligen FDP-Bundesrat und Verteidigungsminister Kaspar Villiger mit einer Klage. Auslöser war eine Vorauszahlung von 50 Millionen Franken für das neue Kampfflugzeug, obwohl eine Initiative dagegen lanciert wurde.

Klare Worte vom Parteipräsidenten

Im «Freisinn» vom Mai 1992 machte der FDP-Präsident Franz Steinegger seinem Ärger Luft: «Die SP hat tief in die demagogische Trickkiste gegriffen. Nach historischen Vorbildern wurde einem

Amtsinhaber vorgeworfen, das Recht zu verletzen, weshalb er vor Gericht gestellt werden müsse.» Nicht nur der Stil der politischen Konkurrenz machte Steinegger zu schaffen, sondern auch das grundsätzliche Ansinnen der GSoA, wie er dem «Freisinn» sagte: «Die GSoA-Initiative führt faktisch zur Abschaffung der Luftwaffe. Ohne Kombination mit einem modernen Flugzeug erachte ich es als sinnlos, mit dem bisherigen Flugzeug herumzufliegen.»

Wahlbeobachtung in Albanien

Nicht nur punkto Kampfflugzeuge gibt es Parallelen zwischen 1992 und 2022, sondern auch in Sachen Osteuropa. Während heute die Ukraine unter dem russischen Angriffskrieg leidet, lag der Fokus vor 30 Jahren auf Albanien, das erste zaghafte Schritte in Richtung Demokratie machte. Der damalige Nationalrat Urs Scheidegger (SO) war Teil einer Delegation von Parlamentariern und EDA-Vertretern, die die Wahlen in Albanien beobachtete. Für den «Freisinn» berichtete er aus dem Balkan-Land und zog ein weitgehend optimistisches Fazit: «Viele Tränen der Freude, viele lebensfrohe Gesichter waren am Tag nach den Wahlen zu sehen. Das waren nicht einfach nur Wahlen, das war



Parteipräsident Franz Steinegger ärgert sich über die SP.



Erlebnisbericht von den ersten freien Wahlen in Albanien.

eine Revolution eines Volkes, das erstmals in einer langen, leidvollen Geschichte mit einem klaren Resultat die Geschicke selbst in die Hände nehmen wollte.»

Obwohl die Demokratische Partei klar als Wahlsieger triumphierte, war Scheidegger klar, dass Albanien noch vor grossen Herausforderungen stand. «Die Fabriken stehen still, zwei Drittel der Erwachsenen sind arbeitslos, und in den Läden gibt es kaum etwas zu kaufen», hielt er fest. Er plädierte deshalb dafür, dass die Schweiz in Albanien humanitäre Hilfe leistet, insbesondere im Gesundheitsbereich. «Wer ein Spital in Tirana besucht, wähnt sich nicht einmal in einem Drittweltland. Hier muss die schweizerische humanitäre Hilfe einsetzen.» 30 Jahre später steht in Albanien längst nicht alles zum Besten. Wenn man dank dem Blick ins Archiv sieht, wo das Land nach dem Ende des Kommunismus stand, sind deutliche Verbesserungen augenscheinlich.

Marco Wölfli

QR-Code scannen und den ganzen «Freisinn» vom Mai 1992 lesen.



«Ich wünsche mir, dass die Fraktion als Team arbeitet»

Ziele und Vorstellungen des neuen Fraktionspräsidenten

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier versteht sich als Coach, der auf ein gutes Kollektiv achtet und ein Gleichgewicht zwischen internen Diskussionen und dem Einsatz für gemeinsame Positionen herstellt. Genauso wichtig ist ihm aktive Präsenz der FDP-Parlamentariern in ihren Heimatkantonen.

Seit deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten sind einige Wochen vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt? Es ist ein neues Kapitel und eine neue Herausforderung. Zehn Tage nach der Wahl begann bereits die Session. Das erforderte gute Vorbereitung und viel Energie. Ich habe aber grosse Freude an meiner neuen Rolle und bin dankbar für das Vertrauen. Mir gefällt, dass man mit allen Fraktionsmitgliedern und Vertretern anderer Fraktionen sowie Bundesräten und externen Vertretern einen regen Austausch pflegt. Das Amt sorgt auch dafür, dass man alle politischen Themen im Blick hat, nicht nur diejenigen der eigenen Kommission.

Du bist Spezialist für Aussenpolitik. Ist diese breite thematische Abdeckung eine besondere Herausforderung? Es stimmt, dass ich mich in Aussen-

politik gut auskenne, aber ich bin schon seit 25 Jahren in der Politik und habe mich schon viel mit Bildungs-, Sozial-, Finanzpolitik und Forschungsthemen befasst. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission bin ich nun unter anderem für Migrationsthemen, Demokratie und Datenschutz zuständig. Ich finde es wichtig, dass man als Politiker ein Generalist bleibt. Ich kann mich für viele Themen begeistern, deshalb entspricht mir diese Art des Politisierens.

Nach über 25 Jahren bist du der erste Fraktionspräsident aus der Westschweiz. Was bedeutet das für die Fraktion? Ich denke, meine Herkunft sollte nicht überbewertet werden. Es gibt seit 50 Jahren Abwechslung zwischen lateinischen und deutschsprachigen Fraktionspräsidenten. Zuletzt hatten wir mit Ignazio Cassis und Fulvio Pelli zwei Tessi-

ner als lateinische Fraktionspräsidenten. Diese Abwechslung ist positiv, weil damit verschiedene Kulturen in den Parteigremien vertreten sind. Die Integration von Minderheiten entspricht auch den Werten der Schweiz – umso mehr, weil 40 Prozent der Fraktionsmitglieder aus der lateinischen Schweiz kommen. Aber am Ende zählt nicht, woher man kommt, sondern ob man die FDP-Werte vertritt und sich für den Zusammenhalt in der Fraktion einsetzt.

In der FDP-Liberale-Fraktion gibt es traditionell viele unterschiedliche und auch starke Meinungen. Wie gehst du damit um? Wir sind die Partei der Freiheit. Es ist daher nicht erstaunlich, dass unterschiedliche Positionen existieren, gerade zu Beginn eines politischen Prozesses. Das ist aber nichts Neues! Kurt Fluri erinnerte kürzlich bei der Würdigung des verstorbenen Nationalrats Franz Eng daran, dass es dieselben Diskussionen gab, als Eng Ende der 1970er-Jahre Fraktionspräsident war. Es ist wichtig, dass alle ihre Meinung äussern können. Wir diskutieren, hören einander zu und suchen schliesslich nach einer gemeinsamen Position. Die Einbindung von Haltungen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ist typisch Schweiz. Und wenn man

«Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft.»

sich nicht findet, stimmt man ab. Als Fraktionspräsident will ich in diesen Prozessen ein Gleichgewicht finden.

Was sind deine Prioritäten als Fraktionspräsident?

Ich entscheide nicht, in welche Richtung sich die Fraktion bewegen soll. Was ich mir wünsche, ist, dass die Fraktion als Team agiert. Wir sind nicht einfach die Summe von 41 Einzelpersonen, sondern ein FDP-Team, das gemeinsame Werte vertritt. Da ähnelt sich die Politik dem Sport. Es braucht einen guten Teamgeist, um zu gewinnen. Deshalb will ich auch Raum schaffen für Diskussionen, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Kurzum: Meine Priorität ist, dass wir als Team funktionieren und jeder seinen Platz findet.

Und in diesem Team bist du der Kapitän? Ich bin eher der Coach, der motiviert, unterstützt, an die gemeinsamen Regeln erinnert und die Arbeit organisiert.

Nicht nur die Fraktion ist ein Team, sondern auch das Fraktionspräsidium mit Daniela Schneeberger, Hans Wicki und dir. Wie funktioniert die Zusammenarbeit? Sehr gut! Um es mit einer französischen Redewendung zu sagen: Die Mayonnaise hat sofort gepasst. Hans Wicki ist erfahren, konstruktiv und sehr angenehm im Umgang. Er hat seine Rolle als Präsident der Ständeratsgruppe, die ihre eigene Dynamik und Agenda hat. Die Ständeratsgruppe ist natürlich in die Fraktion integriert, muss aber trotzdem ihre eigene Arbeitsweise bewahren. Über die Wahl von Daniela Schneeberger als Fraktionsvizepräsidentin habe ich mich sehr gefreut. Sie übt ihre Aufgabe mit viel Dynamik, Erfahrung und Loyalität aus und zeigt grosses Engagement. Was nicht zu unterschätzen ist: Beide haben einen tollen Sinn für Humor. Wir bilden sicher ein gutes Team.

Wir befinden uns in der zweiten Hälfte der Legislatur. Was sind deine Ziele mit der Fraktion bis zum Legislaturende? Wir wollen den bisherigen Weg fortsetzen und die Ziele weiterverfolgen, die wir



Damien Cottier wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, zuvor war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Didier Burkhalter. Als Fraktionspräsident versteht sich Damien Cottier als Coach der Fraktion. Fotos: Désirée Dittes

uns zu Legislaturbeginn gesetzt haben. Die Themen Sicherheit und Energieversorgung bleiben zentral. Zudem haben diese Themen aufgrund der Aktualität an Bedeutung gewonnen und die FDP ist hierbei glaubwürdig. Selbstverständlich hat auch die Sicherung der Altersvorsorge hohe Priorität und wirtschaftliche Fragen bleiben das Kerngeschäft der FDP. Wirtschaftliche und steuerliche Massnahmen, um die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, Innovation zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine Daueraufgabe, die von uns ständig vorangetrieben wird. Diese Anstrengungen der FDP sind nicht neu, gewinnen durch die Aktualität aber noch an Gewicht. Es liegt an uns, unsere Arbeit im Parlament in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die Fraktion hat dabei eine Scharnierfunktion. Wir können die Parteistrategie in die parlamentarische Arbeit aufnehmen.

In eineinhalb Jahren finden die eidgenössischen Wahlen statt. Was kann die FDP-Liberale-Fraktion beitragen, damit die FDP gewinnt? Weiterarbeiten wie bisher und unsere Tätigkeit im Parlament noch besser bekannt machen. Zudem bin ich überzeugt, dass die lokale Verankerung wichtig ist. Wir haben zuletzt in verschiedenen Kantonalwahlen gute Ergebnisse erzielt. Dabei ist es wichtig, dass die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch mit der Bevölkerung in Kontakt treten, Flyer verteilen und bei der Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung mitmachen. Die gewählten FDP-Vertreter kennen die Bevölkerung und können ihre Anliegen weitertragen. Die Fraktionsmitglieder sollten daher in ihren Kantonen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben

teilnehmen und bei den Aktivitäten ihrer Kantonalpartei präsent sein.

Die Nähe zwischen Politik und Bürger ist also ein Vorteil? Absolut. Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft. Gleiches gilt für die Parlamentarier, die man in ihrer Heimat problemlos ansprechen kann. Das ist äusserst wertvoll. So haben die Menschen das Gefühl, gehört zu werden und dass ihre Meinung ernst genommen wird. Zu diesem Dialog müssen wir Sorge tragen.

Zwischen 2001 und 2005 warst du Fraktionspräsident der FDP im Neuenburger Kantonsparlament. Hilft dir die Erfahrung aus dieser Zeit heute? Natürlich, es ist exakt dasselbe (lacht). Ernsthaft: Im Bundesparlament ist die Organisation etwas komplizierter. Es gibt zwei Kammern und mehrere Sprachen, aber am Ende ist die Arbeit ähnlich. Ich muss dafür sorgen, dass die Diskussionen intern geführt werden, die Fraktion geeint ist und mit anderen Fraktionen für Mehrheiten kämpfen. Auch wenn es Unterschiede gibt, ist die Arbeit eines Parlaments im Grundsatz überall gleich.

In der jüngeren Vergangenheit wurden mit Pascal Couchepin und Ignazio Cassis zwei Fraktionspräsidenten Bundesrat. Ist das auch eine Option für dich? Ein Blick auf die Galerie ehemaliger Fraktionspräsidenten zeigt, dass die meisten nie Bundesräte geworden sind. Die Frage stellt sich daher nicht. Wir verfügen über zwei hervorragende Bundesräte, die noch lange im Amt bleiben.

Interview: Marco Wölfli

Interview

Thierry Burkart freut sich über die freisinnigen Erfolge der letzten kantonalen Wahlen.

Foto: Sophie Brasey



Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt zieht Parteipräsident Thierry Burkart eine Zwischenbilanz und spricht über seine Besuche an der Basis, Erfolge in kantonalen Wahlen und liberale Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

Seit gut sechs Monaten bist du nun Präsident der FDP Schweiz. Wie lautet deine Zwischenbilanz? Es freut mich, dass die FDP in den letzten Wochen wichtige Themen lancieren konnte. Die anderen Parteien fühlen sich aus der Reserve gelockt, die Medien nehmen unsere Themen auf. Kurz: Man spricht über uns. Wir prägen damit die Politik unseres Landes – so muss es sein. Unsere Positionen sind klar und verständlich. Wir reden mit klarer Kante.

Erfreulich ist auch, dass wir die parteiintern schwierigsten Themen bereinigen und uns jeweils einstimmig auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Sei es bei unserer Position im Bereich CO₂ bzw. Klima, der Stromversorgungssicherheit und Technologieoffenheit oder der Reform der Altersvorsorge. Zur Europapolitik haben wir soeben

ein Positionspapier erarbeitet. Es wird an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni verabschiedet. Damit schliessen wir rund eineinhalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen die Reihen. Das macht mich zuversichtlich, denn will sich die FDP für die notwendigen Reformen mit mehrheitsfähigen Lösungen aktiv einbringen, ist Geschlossenheit eine zentrale Voraussetzung.

Du hast bereits zahlreiche Parteianlässe besucht. Was für eine FDP hast du angetroffen? In der Tat durfte ich bereits viele Anlässe in den Kantonal-, Bezirks- und Ortsparteien besuchen – und Bratwürste, Raclettes und Fondues im ganzen Land geniessen! Spass beiseite, es ist schon eindrücklich zu beobachten, mit wie viel Motivation, Begeisterung und Tatendrang sich Freisinnige im ganzen Land

für das liberale Gedankengut einsetzen. Das gibt mir den Ansporn, jeden Tag für die FDP mein Bestes zu geben. Denn wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei. Die Vielfalt an Meinungen ist eine echte Chance, die es zu nutzen gilt.

Hat sich das Modell mit dem fünfköpfigen Präsidium bewährt? Sehr! Als ich mir im letzten Sommer die Präsidiumskandidatur überlegte, war für mich schnell klar, dass es ein starkes Team braucht. Umso glücklicher bin ich heute, Andrea, Philippe, Johanna und Andri an meiner Seite zu wissen. Wir harmonieren und ergänzen uns hervorragend. Sie unterstützen mich in meiner Führungsaufgabe, denn sie verantworten je eigene Ressorts. An dieser Stelle spreche ich dem Vizepräsidium meinen herzlichen Dank aus.

In den letzten Wochen fanden in vier Kantonen Wahlen statt. Was kann die FDP Schweiz davon mitnehmen? Die Wahlergebnisse dürfen uns zuversichtlich stimmen. Die Wahlen sind erfreulich ausgefallen, auch wenn wir da und dort einen Dämpfer hinnehmen mussten. Lediglich in Bern verloren wir ganz leicht, erzielten bei den Regierungsratswahlen aber ein hervorragendes Ergebnis. In Obwalden legten wir drei Sitze zu. Im Nidwaldner Parlament bleiben wir deutlich stärkste Partei. Weiter holten wir in der Waadt gleich drei Regierungssitze und legten überdies im Parlament einen Sitz zu – wir halten nun 50 der 150 Sitze! Ebenso konnten wir bei den Gemeindewahlen in Zürich Sitze dazugewinnen – sogar in den Städten Zürich und Winterthur. Wir können feststellen: Nach den früheren Wahlverlusten geht es jetzt wieder aufwärts!

In eineinhalb Jahren wird auf nationaler Ebene gewählt. Was braucht es, dass die FDP die Wahlen gewinnt? Ein spezielles Thema oder Argument, um zu überzeugen, für die FDP zu stimmen? Wir fahren ganz einfach fort wie begonnen – vorausschauend denken, mit klarer Kante reden und glaubwürdig handeln. Es gilt, den Menschen in diesem Land aufzuzeigen, für welche Werte die FDP steht: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt.

Unsere Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, die auf einer liberalen Politik beruht. Deshalb gibt es nur eine liberale Stimme, und das ist die FDP. Heute wird oft zu schnell nach dem Staat gerufen. Diese schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen führen oft dazu, dass sie kompliziert werden und neue Nachteile entstehen. Hier braucht es die FDP mit ihren liberalen Antworten. Gemeinsam erarbeiten wir gute, tragfähige und nachhaltige Wege für die anstehenden Herausforderungen.

Interview: Gabrielle De Simone

Die bürgerliche Allianz zahlte sich in der Waadt aus.

Von links: Valérie Dittli (Die Mitte, neu gewählt), Michaël Buffat (SVP, nicht gewählt), Christelle Luisier (FDP, wiedergewählt), Isabelle Moret (FDP, neu gewählt) und Frédéric Borloz (FDP, neu gewählt).



Intensiver Wahl-Frühling

Rückblick auf die Wahlen in BE, VD, NW und OW

In den vier kantonalen Wahlen, die im März und im April stattgefunden haben, resultierten für die FDP insgesamt solide Ergebnisse. Neben Sitzgewinnen in den Parlamenten von Waadt und Obwalden waren insbesondere die Waadtländer Regierungswahlen ein grosser Erfolg.

In den letzten Wochen fanden in Bern, Waadt, Nidwalden und Obwalden kantonale Wahlen statt. Aus Sicht der FDP gab es verschiedene positive Resultate, aber auch vereinzelte Enttäuschungen. So musste die FDP im Kanton Bern den Verlust von zwei Sitzen bei den Grossratswahlen hinnehmen. Parteipräsident Stephan Lack begründet das Resultat unter anderem mit Proporzpech: «2018 hatten wir etwas Proporzglück und gewannen drei Restmandate. Dieses Jahr haben wir insgesamt leicht verloren und hatten dazu noch etwas Proporzpech: Beide Sitzverluste waren recht knapp, zudem wurde ein Sitzgewinn im Wahlkreis Emmental nur knapp verpasst.» Ausgesprochen erfreulich verliefen die Regierungswahlen im zweitgrössten Kanton. Der bisherige Sicherheitsdirektor Philippe Müller erzielte das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und half mit, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu sichern.

Wahlkampf dauert vier Jahre

Stephan Lack, dem selbst die Wahl in den Grossen Rat gelang, erlebte einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Für die Zukunft ortet er dennoch Verbesserungspotenzial: «Auf mittlere Sicht muss es uns gelingen, die Sektionen und die Kreise wieder zu stärken und neue Mitglieder an der Basis zu gewinnen. Der Wahlkampf dauert eben nicht nur

vier Monate, sondern vier Jahre. Sehr wichtig ist auch, dass es in Zukunft noch konsequenter gelingt, dass sämtliche relevanten Gemeinden ihre bekanntesten Persönlichkeiten auf der Liste haben und die Nachfolgeplanung für die abtretenden Grossrätinnen und Grossräte zeitlich optimal koordiniert wird.» In den kommenden vier Jahren will sich die FDP im Kanton Bern weiterhin für gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe einsetzen.

Toller Erfolg in der Waadt

In der Waadt war die FDP vor den Wahlen die stärkste Partei und konnte diese Position erfolgreich verteidigen. Dank einem Sitzgewinn bei den Grossratswahlen hält die FDP Waadt nun 50 von 150 Sitzen im Kantonsparlament. Die Grundlagenarbeit für den Wahlerfolg begann bereits im vergangenen Sommer, erklärt Parteipräsident Marc-Olivier Buffat. Dazu kam ein Programm mit Fokus auf die Schwerpunktthemen Verantwortung, Verkehrspolitik und Ausbau von erneuerbaren Energien. Zudem rückte die FDP Waadt die Steuerpolitik ins Zentrum. Auch das Bündnis «l'alliance vaudoise», das mit SVP und Die Mitte für die Staatsratswahlen gebildet wurde, half der FDP, sagt Buffat: «Das Bündnis hat uns auch in den Grossratswahlen viel gebracht, weil es die Kräfte gebündelt

hat. Dazu haben unsere 150 Kandidatinnen und Kandidaten intensive Mobilisierung betrieben.» Die Waadtländer Allianz hat bei den Staatsratswahlen gut funktioniert. Die bisherige FDP-Staatsrätin Christelle Luisier schaffte die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang gelang auch Isabelle Moret und Frédéric Borloz den Sprung in die kantonale Exekutive. Damit verteidigte die FDP die Sitze der zurückgetretenen Regierungsräte Philippe Leuba und Pascal Broulis.

Als grösste Partei des Kantons will die FDP in der nächsten Legislatur einiges bewegen. «Vielen Unternehmen fehlt es an qualifizierten Fachkräften, da besteht Handlungsbedarf. Zudem wollen wir verschiedene Steuerreformen voranbringen und in der Energiepolitik die Investitionen in erneuerbare Energien fördern», so Buffat. In den Wochen vor den Wahlen waren die FDP-Kandidaten im ganzen Kanton präsent und steckten viel Energie in die Kampagne. Für den Präsidenten ein wichtiger Effort: «Es braucht eine Politik vor Ort und persönliche Auftritte an Veranstaltungen, Kongressen, Messen und Volksfesten. Dadurch bringen wir die Menschen zusammen und vermitteln unsere freisinnigen Werte.»

Sitzgewinne in Obwalden

Im Gegensatz zu den Erfolgen in der Waadt präsentiert sich die Sachlage in der Zentralschweiz durchgezogen. In Nidwalden gelang es der FDP nicht, den Sitz des zurückgetretenen Regierungsrats Alfred Bossard zu verteidigen. Die Wiederwahl schaffte hingegen Joe Christen. Im Landrat verlor die FDP einen Sitz, bleibt aber die stärkste Partei. In Obwalden verpasste die bisherige Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser die Wiederwahl nach einer persönlichen Kampagne gegen ihre Person. Diese Enttäuschung wurde zumindest teilweise durch das gute Resultat bei den Kantonsratswahlen kompensiert. Dort gewann die FDP drei zusätzliche Sitze und besetzt nun 11 der 55 Sitze im Parlament. Parteipräsidentin Carola Weiss zieht daher ein positives Fazit: «Der Wahlkampf war wirklich toll und die FDP zeigte viel Präsenz. Die frühe Vorbereitung hat sich gelohnt.» Im Kantonsrat agiert die FDP künftig als grösste Oppositionspartei und will angriffig politisieren. «Wir werden insbesondere die Mitte in die Pflicht nehmen und vor allem die Finanzpolitik ganz genau beobachten», kündigt Weiss an. Zudem will die FDP Obwalden noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und die Kommunikation verbessern. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit der FDP Nidwalden. Schliesslich ist nach den Wahlen auch vor den Wahlen. In zwei Jahren finden kommunale Wahlen statt und die FDP peilt zusätzliche Gemeinderatssitze an.

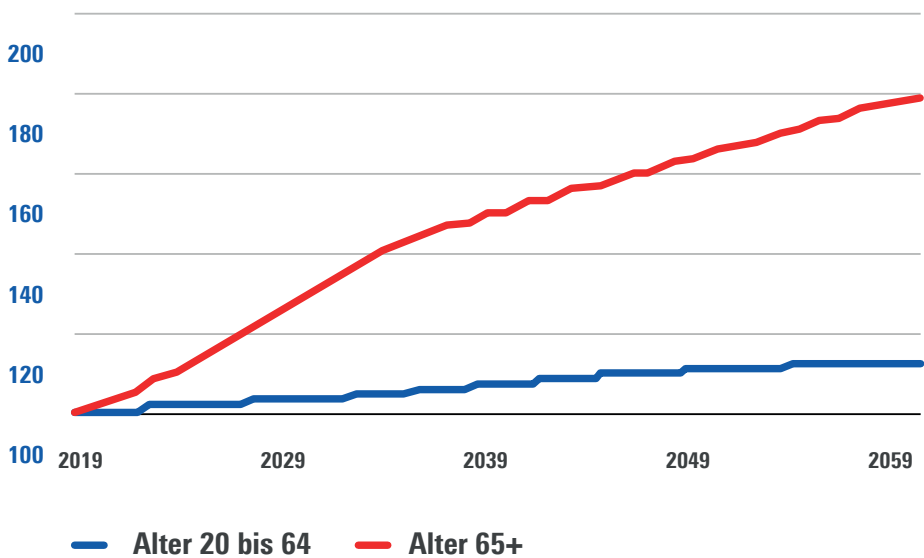
Marco Wölfli

Die Sanierung der AHV – ein Generationenprojekt

Ja zur AHV-21-Reform

Bevölkerungswachstum – aber nur bei 65+

Anstieg der Altersgruppen im BFS-Referenzszenario der Bevölkerungsentwicklung (indexiert 2019 = 100)



Im September stimmt die Schweiz über die AHV-21-Reform ab – ein erster wichtiger Schritt in Richtung nachhaltig finanzierter AHV. Zusammen mit einer breiten Allianz aus bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich die FDP für die Stabilisierung des wichtigsten Sozialwerkes ein.

Was denken Sie: Werden in Japan mehr Erwachsenen- oder mehr Babywindeln verkauft? Zugegeben, es ist eine plakativ gestellte Frage. Seit 2014 ist Japan das erste Land, in dem die Windelhersteller mehr Geld mit Windeln für Erwachsene verdienen als mit solchen für Kinder. Auch in der Schweiz wird dieses Szenario aufgrund der demografischen Entwicklung schon bald Realität sein. 2015 feierten in der Schweiz erstmals mehr Personen ihren 65. als ihren 25. Geburtstag. Damit nahm eine über Jahrzehnte fortschreitende Entwicklung ihren Lauf: 2050 wird es in der Schweiz eine Million Menschen über 65 Jahren mehr geben als heute. Dies stellt insbesondere unsere Altersvorsorge vor grosse Herausforderungen. Wird nichts unternommen, häuft sich in der AHV bis 2045 ein Schuldenberg von 200 Milliarden Franken an – das entspricht den Kosten von 16 Gotthard-Basistunneln.

Gemeinsam für gesunde AHV-Finzen

Der Bau des Gotthard-Basistunnels gilt zu Recht als Generationenprojekt. Gleiches Verständnis sollte bei der Sicherung unserer Altersvorsorge vorherrschen: Nur gemeinsam erreichen wir eine nachhaltig finanzierte AHV. Generationen oder Geschlechter gegeneinander auszuspielen, wie es die linken Parteien und Gewerkschaften tun, sind der Sache unwürdig und leisten keinen konstruktiven Beitrag zur Diskussion. Eine erste wichtige Gelegenheit bietet die Abstimmung über die AHV-21-Reform von diesem Herbst. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und gemeinsam für gesunde AHV-Finzen einstehen. Tun wir dies nicht, drohen uns massive Steuererhöhungen.

AHV-Sanierung dringend nötig

Während die AHV in ihren Anfangsjahren im

Die wichtigsten Massnahmen im Überblick

- Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre
- Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge (erleichterter Vorbezug und lebenslange Rentenzuschläge für insgesamt 9 Jahrgänge)
- Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren
- Anreize für die Weiterführung der Erwerbstätigkeit ab 65 Jahren
- Zusatzfinanzierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte

Schnitt alle fünf Jahre saniert wurde, liegt die letzte grosse AHV-Reform 25 Jahre zurück. Ohne baldige Sanierungen verschlechtert sich die bereits heute angespannte finanzielle Situation der AHV weiter; allein im Jahr 2030 droht ein Umlagedefizit von fünf Mrd. Franken. Um das zu verhindern und die Finanzen der AHV zu stabilisieren, braucht es die AHV-21-Reform. Leider gefährden die linken Parteien und Gewerkschaften mit dem Referendum zur Reform unser wichtigstes Sozialwerk leichtfertig.

Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge

Die Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre wird die AHV jährlich um netto 1,4 Milliarden Franken entlasten und damit die finanzielle Situation der ersten Säule zusammen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte stabilisieren. Als Ausgleichsmassnahme werden die unmittelbar betroffenen Frauen der Übergangsgeneration eine Kombination aus einem erleichterten Vorbezug und einem generellen AHV-Zuschlag erhalten. Weiter sieht die Reformvorlage die Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren für Mann und Frau vor, womit der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gleitend gestaltet werden kann.

Stemmen wir das Generationenprojekt «Sicherung der AHV» und engagieren wir uns diesen Herbst gemeinsam für die AHV-21-Reform.

Andri Silberschmidt,
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH



Tourismusmagnete wie Gruyères würden unter einem Frontex-Nein leiden. Foto: iStock/Julien Viry



Frontex-Nein gefährdet Gewerbe und Tourismus

Schweiz droht «Visum-Insel» zu werden

Bei der Frontex-Schengen-Abstimmung vom 15. Mai steht für das Gewerbe und für die Tourismusbranche im Speziellen viel auf dem Spiel. Bei einem Nein drohen Lieferengpässe und der automatische Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Visa-Raum Schengen. Die Tourismusbranche allein kostet das über eine halbe Milliarde Franken – jährlich.

Auf den ersten Blick geht es bei der Referendumsabstimmung vom 15. Mai um eine verhältnismässig geringe Erhöhung des Schweizer Beitrags an die Europäische Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex, um rund 37 Millionen Franken. Damit sollen jene Länder unterstützt werden, welche die gemeinsame Schengen-Aussengrenze sichern und ankommende Flüchtlinge empfangen, beispielsweise an der Grenze zur Ukraine in Polen. Das Problem dabei ist, dass ein Nein zu Frontex automatisch den Kündigungsmechanismus nach Art. 7 des Schengen-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU auslöst. Um diesen rechtlichen Automatismus noch abzuwenden, bräuchte es den einstimmigen Willen aller europäischen Länder, dass die Schweiz tatsächlich einen Sonderzug fahren darf oder zumindest nochmals abstimmen kann. Ein sehr unwahrscheinliches Szenario, auf das man keine seriöse Planung aufbauen kann.

Visum-Insel und Lieferengpässe verhindern

Ohne «Schengen» wird die Schweiz zur «Visums-Insel», denn Touristen aus den wichtigen Fernmärkten ausserhalb Europas bräuchten ein separates Visum für die Schweiz. Studien beziffern den Verlust für die Beherbergungs- und Tourismusbranche

auf jährlich über eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommen die Grenzkontrollen, welche wieder eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Für die Gäste bedeutet das Reisebürokratie statt Reisefreiheit. Für die Betriebe bedeutet es das latente Risiko von Lieferengpässen oder Verspätung bei verderblicher Ware.

Erholung und Reisefreiheit nicht aufs Spiel setzen

Noch Mitte Februar hat uns der Bundesrat mit seinem Lockerungsentscheid berechnete Hoffnung auf eine nachhaltige Erholung in der ganzen Tourismus- und Beherbergungsbranche gemacht. Die Lockerung der Einreisebestimmung bedeutete nicht zuletzt eine Wiederherstellung der vollständigen Reisefreiheit: für uns selbst und für unsere Gäste aus den nicht europäischen Fernmärkten. Genau diese Reisefreiheit und die damit verbundene Erholung stehen am 15. Mai bereits wieder auf dem Spiel. Deshalb ist ein Ja zu Frontex-Schengen so wichtig.

Claude Meier
Direktor HotellerieSuisse
www.meier-claude.ch



Rathgeb bleibt oberster Regierungsrat der Schweiz

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat den Bündner FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb (52) für eine zweite Amtsdauer zu ihrem Präsidenten gewählt. Rathgeb führt die KdK bis Ende 2022 und wird dann infolge Amtszeitbeschränkung aus der Bündner Regierung ausscheiden und danach wieder als selbstständiger Anwalt in Chur tätig sein.

Christian Rathgeb übernahm das Präsidium der KdK am 1. Juni 2020 von Beni Würth (SG), der aus der St. Galler Regierung ausschied und in den Ständerat wechselte. In der Amtszeit des Bündners nahm die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) operativ ihre Arbeit zur Harmonisierung der digitalen Transformation in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden auf. Sodann wurden im letzten Herbst die Arbeiten einer neuen europapolitischen Standortbestimmung der Kantone aufgenommen. Aktuell evaluiert die Konferenz das Krisenmanagement der Pandemiebewältigung zwischen Bund und Kantonen und unterstützt die Konferenzen und Kantonsregierungen in Fragen der Flüchtlingsunterbringung. Daneben gehören das Monitoring und die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sowie der Aufgabenteilung Bund – Kantone zu den Aufgaben der Regierungskonferenz.

Rathgeb gründete 1986 die Bündner Jungpartei, deren Präsident er später wurde, und präsierte die FDP Graubünden von 2003 bis 2008. Er gehört der Bündner Regierung seit 2012 an und ist Vorsteher des Departements für Finanzen und Gemeinden.

Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP GR



Ukraine-Krieg überschattet Session

Rückblick auf die Frühlingssession

Die FDP konnte im Umgang mit Gentechnik nach Jahren des Stillstands im Parlament endlich einen Fortschritt vermelden. In anderen Themen hatten es liberale Positionen schwer. Doch das Hauptthema der abgelaufenen Session war der Ukraine-Krieg, der den Kontinent erschüttert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingssession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat unseren Kontinent sowie die ganze Schweizer Politik erschüttert.

Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und die militärische Aggression der russischen Regierung sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen aufs Schärfste verurteilt. Das wurde unter anderem auch in den dringlichen Debatten im Nationalrat und Ständerat klargemacht sowie wurden konkrete Vorstösse eingereicht, die unter anderem eine Aufstockung der Mittel für die Armee fordern sowie Solidarität mit Flüchtlingen, Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Energieversorgung und ein humanitäres und diplomatisches Engagement. Zudem wurde nochmals klar beschlossen, dass die Schweiz an ihrer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat festhalten soll, wo sie zu den Bemühungen für Frieden beitragen kann.

Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

In der Frühlingssession hat der Nationalrat über die Gletscher-Initiative und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu

67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung für ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Gletscher-Initiative. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte Gegenvorschlag in der Umsetzung nämlich mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote.

Massentierhaltungsinitiative geht zu weit

Nach dem Nationalrat lehnte nun auch der Ständerat die Massentierhaltungsinitiative ab und ist nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eingetreten, womit dieser vom Tisch ist. Die FDP nahm die Entscheide des Parlaments mit Freude zur Kenntnis, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung.

Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums durch die anderen Parteien nicht verhindert werden. Obwohl die Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wis-

senschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen. Immerhin konnten nun erstmals Ausnahmen eingeführt werden. Der vom Parlament beschlossene und von links-grün bekämpfte Antrag beauftragt den Bundesrat, für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmateriale eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen.

Rigide «Lex Booking»

Der Nationalrat hat sich zur Enttäuschung der FDP für eine weitreichende Regulierung der Online-Buchungsplattformen wie Booking.com ausgesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Die FDP hat vergebens versucht, die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die Vorteile für Betriebe zum Beispiel durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Nun ist der Ständerat am Zug, um diesen Misstritt des Nationalrats zu korrigieren.

Parlament für die nächste Krise rüsten

Der Nationalrat hat sich mit der Funktionsweise des Parlaments in Krisensituationen befasst, damit der Handlungsspielraum vorhanden ist, wenn der Bundesrat Notrecht anwendet. Dies ist demokratiepolitisch wichtig, um in Krisenzeiten ein Gegengewicht zum Bundesrat zu schaffen. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Vorstoss, an dem die FDP beteiligt war, fast einstimmig zu.

Damien Cottier

Fraktionspräsident und Nationalrat NE

Ende März besuchte Karin Keller-Sutter das Bundesasylzentrum Basel. Foto: EJPD



«Ukraine-Krieg ist ein Angriff auf unsere westlichen Werte»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre Arbeit seit Kriegsausbruch

Es hätte das Jahr der Reformen im Schengen-Raum sein sollen. Eine Agenda im Einklang mit den Zielen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat alles auf den Kopf gestellt. Die Justizministerin blickt zurück auf die letzten Wochen, die geprägt waren von der massiven Fluchtbewegung aus der Ukraine und einem Europa, das zusammensteht.

In der Ukraine herrscht seit dem 24. Februar Krieg. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom Kriegsausbruch erfahren haben? Anfang Februar führte ich bilaterale Gespräche am Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Lille. Mein tschechischer Kollege rechnete schon damals mit einem Krieg und meinte, es könnte 5 Millionen Flüchtlinge geben. Das hat mich sehr beschäftigt. Im Westen wollte man dies mit Ausnahme der USA nicht sehen. Die Gespräche in Lille, etwa mit den Vertretern aus Polen, der Slowakei oder Österreich, waren in diesem Fall sehr wichtig für mich. Ich rechnete danach jeden Tag mit einem Angriff. Am 24. Februar hat mir mein Mann am frühen Morgen gesagt: «Kiew wird angegriffen.» Ich dachte sofort an die Opfer. Ich habe realisiert, dass dies auch ein Angriff auf unsere westlichen, demokratischen Werte ist.

Waren Ihnen die Auswirkungen auf die Schweiz so gleich bewusst? Es war mir bewusst, dass viele Ukrainerinnen flüchten würden, um sich in Sicherheit zu bringen. Mittlerweile sind über 40 000 Personen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Aber ganz

abgesehen von der Anzahl der Menschen, die jetzt in der Schweiz sind: Wir sind mit ganz vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Ende März war die Hälfte aller ukrainischen Kinder auf der Flucht. Es fällt schwer, sich das vorzustellen.

Wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich? Drei Tage nach Kriegsausbruch haben wir uns in Brüssel getroffen. Am Abend des 27. Februar war mir klar, dass der Schutzstatus S aktiviert werden muss, und ich habe sofort entsprechende Aufträge erteilt. Dass die Europäische Union mit dem vorübergehenden Schutz etwas Vergleichbares plante, hat die Sache vereinfacht. Eine Koordination auf europäischer Ebene war unabdingbar.

Am 4. März haben Sie erstmalig den Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert. Was führte zu diesem Entscheid? Der Schutzstatus S ist genau für eine solche Situation erdacht worden: eine hohe Anzahl Personen, die in kurzer Zeit vor einem Krieg zu uns flieht und unseren vorübergehenden Schutz braucht. Er erlaubt ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von Geflüchteten. Im

normalen Asylprozess hätten wir die hohe Zahl an Geflüchteten gar nicht bewältigen können. Das System würde kollabieren.

Sie haben auch das Bundesasylzentrum Basel besucht. Welchen persönlichen Eindruck haben Sie erhalten? Ich war genau einen Monat nach Kriegsausbruch in Basel. In diesen vier Wochen ist es gelungen, in der Schweiz gleich viele Geflüchtete zu registrieren wie sonst in einem ganzen Jahr. Unsere Krisenbewältigung funktioniert. Bei meinem Rundgang in Basel habe ich auch mit Geflüchteten aus der Ukraine sprechen können. Sie haben alle betont, dass sie möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückkehren wollen und dass sie der Schweiz nicht zur Last fallen wollen. Viele haben sich bei mir für die Solidarität der Schweiz bedankt.

Falls der Krieg andauert, dürften viele Ukrainerinnen und Ukrainer längerfristig im Land bleiben. Ist die Schweiz dafür gerüstet? Ja, wir müssen gerüstet sein. Es gibt keine Alternative. Allerdings wird die Unterbringung den Bund und die dafür zuständigen Kantone stark fordern. Viele der Geflüchteten sind zudem gut ausgebildet. Kurz nach Ausbruch des Kriegs habe ich die Sozialpartner eingeladen, um die allfällige Integration in den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die entsprechenden Arbeiten laufen. Es muss jetzt jeder an seinem Platz seine Verantwortung wahrnehmen, dann meistern wir diese Aufgabe.

Ein Nein zu Frontex-Schengen würde auch die Sicherheit der Schweizer Grenzen gefährden. Foto: BAZG



Nicht mit dem Feuer spielen

Ja zu Frontex-Schengen

Am 15. Mai stimmen wir über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz Frontex – ab. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied von Schengen und arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Die Agentur übernimmt wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der irregulären Migration. Davon profitiert auch die Schweiz. Das von links-grüner Seite lancierte Referendum gegen Frontex gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Migrationskrise 2015 hat gezeigt, dass die bisherigen Mittel von Frontex nicht ausreichen. Darum soll Frontex von den Staaten des Schengen-Raums mehr Geld und mehr Personal erhalten. Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass sich auch unser Land am Ausbau von Frontex finanziell und personell beteiligen soll. Dies bekämpft nun links-grün in trauriger Eintracht mit einem Aktivistennetzwerk. Für die Schweiz geht es aber nicht nur darum, ob sie sich am Ausbau von Frontex beteiligen will. Frontex ist zentraler Bestandteil von Schengen. Lehnen die Stimmberechtigten die Vorlage ab, stehen die Abkommen Schengen und Dublin auf dem Spiel.

Gefährdeter Zugriff auf Schengener Informationssystem

Sicherheit ist für unser Land ein entscheidender Standortvorteil. Und für die Sicherheit der Schweiz

ist die Mitgliedschaft bei Schengen zentral. Warum? Sie garantiert unter anderem den Zugriff der Schweiz auf das Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS ist der Schlüssel zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Die Schweizer Sicherheitsbehörden nutzen das SIS intensiv: Rund 300 000 Anfragen werden täglich auf dem SIS getätigt. Jährlich erzielen sie damit rund 20 000 Fahndungstreffer. Bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage hätte die Schweiz auf dieses wichtige Fahndungssystem künftig keinen Zugriff mehr. Die Sicherheitsbehörden würden schlicht blind.

Wirtschaftlicher Mehrwert durch Schengen/Dublin

Bei Schengen geht es um mehr als um Sicherheit. Ohne Schengen würde die Schweiz zu einer Schengen-Aussengrenze. Unsere Nachbarstaaten müssten wieder systematische Grenzkontrollen einfüh-



ren. Das bedeutet die Rückkehr zu langen Wartezeiten für rund 2 Millionen Menschen, die jeden Tag die Schweizer Grenze überqueren. Aber auch das Reisen in andere europäische Länder würde für Schweizerinnen und Schweizer durch die systematischen Grenzkontrollen deutlich komplizierter. Ebenso müssten zum Beispiel Touristen aus Asien und arabischen Ländern für die Schweiz wie früher ein separates Visum beantragen. Zudem könnten die stark verwachsenen grenzüberschreitenden Lebensräume in Genf, Basel oder auch im Tessin nicht mehr wie bisher funktionieren.

Ausschluss droht innert sechs Monaten

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage sind überzeugt, dass die Schweiz auch bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage eine Lösung finden könnte, um im Schengen/Dublin-Verbund zu verbleiben. Sie täuschen sich. Lehnt die Schweiz die Frontex-Vorlage ab, lehnt sie eine Schengen-Weiterentwicklung ab, zu deren Übernahme die Schweiz als Schengen-Mitglied verpflichtet ist. Damit tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft – es sei denn, der Gemischte Ausschuss würde innerhalb von 90 Tagen einstimmig etwas anderes beschliessen. Wird keine Lösung gefunden, endet das Abkommen nach Ablauf weiterer drei Monate automatisch. Das ist im Abkommen explizit so geregelt. Wer darauf spekuliert, dass in dieser kurzen Zeit eine Lösung gefunden werden kann, spielt mit dem Feuer. Die Schweiz müsste mit schwerwiegenden Konsequenzen leben.

Mit dem Verlust der Schengen-Mitgliedschaft fiel übrigens auch das Dublin-Abkommen weg. Ohne das Dublin-Abkommen müsste die Schweiz für alle Ankommenden ein Asylverfahren durchführen, also auch für all diejenigen, deren Asylgesuch bereits in einem anderen Dublin-Staat geprüft und abgelehnt wurde. Es ist unschwer zu erkennen, was die Folge wäre: ein starker Anstieg bei den Asylgesuchen.

Thierry Burkart, Parteipräsident und Ständerat AG

Mit einem Nein zum revidierten Filmgesetz entscheiden die Konsumenten, welche Filme sie sehen wollen. Foto: iStock/evgenyatamanenko



Schauen, was uns gefällt – ganz ohne Filmquote

Nein zum revidierten Filmgesetz

Das revidierte Filmgesetz beschneidet die Wahlfreiheit des Publikums und verknurrt die Anbieter zu einer sachfremden Filmsteuer.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur Vorlage und zeigen auf, weshalb es am 15. Mai ein Nein braucht.

Zahlreiche Jungfreisinnige haben im vergangenen Winter der Kälte getrotzt und Unterschriften gegen die Revision des Filmgesetzes (Lex Netflix) gesammelt. Schliesslich wurden rund 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Ein grosser Erfolg, wenn man bedenkt, dass das revidierte Filmgesetz im Parlament noch mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Dank dem Einsatz der Jungfreisinnigen und weiterer Jungparteien hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Chance, das missratene Filmgesetz am 15. Mai 2022 an der Urne zu versenken.

«Die Freiheit der Konsumenten fällt einer sinnlosen Quote zum Opfer.»

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Was will das Gesetz?

Die Revision verpflichtet ausländische wie inländische Streamingdienste wie oneplus, Netflix oder Disney+, ihre Filmkataloge mit mindestens 30 Prozent europäischen Werken zu bestücken. Weiter besteht neu auch eine Meldepflicht für bezahlte Abrufe von Filmen sowie die Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen an Schweizer Filmschaffende.

Was bedeutet das?

Streamingdienste müssen aufgrund der 30-Prozent-Quote für europäische Werke ihre Filmkataloge anpassen – entgegen der eigentlichen Konsumentennachfrage. Die europäischen Werke müssen keinerlei Qualitätsvorgaben erfüllen. Damit fällt die Freiheit von uns Konsumierenden, zu schauen, was uns gefällt, ohne Not einer sinnlosen Quote zum Opfer. Dazu kommt die Filmsteuer von vier Prozent, die schlussendlich von uns Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden muss.

Was will die FDP?

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich an der DV vom 12. Februar klar für ein Nein zum revidierten Filmgesetz ausgesprochen, weil es ein krasser Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist und das Publikum bevormundet. Wer ein Abo eines Streaminganbieters bezahlt, dem soll nicht mittels Quote vorgeschrieben werden, was er zu schauen hat. Zudem ist die Vorlage ein gefährlicher Präzedenzfall. Mit dem neuen Filmgesetz werden private Unternehmen erstmals gezwungen, eine bestimmte Branche mit ihren Bruttoeinnahmen zu subventionieren. Das ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Es droht die grosse Gefahr, dass künftig auch andere Akteure (zum Beispiel Spotify oder Apple Music) gezwungen werden, mindestens 30 Prozent europäische Inhalte anzubieten.

Wie geht es dem Schweizer Film?

Der Schweizer Filmbranche geht es auch bei einem Nein zum Filmgesetz ganz vorzüglich. Jährlich fliessen rund 150 Millionen Franken von Bund, Kantonen und Stiftungen in die Förderung des Schweizer Films. Darin inbegriffen sind 32 Millionen Franken, die direkt von der SRG stammen. Diese Förderung bleibt auch bei einem Nein zum Filmgesetz bestehen. Auch ohne Quote und Filmsteuer ist der Schweizer Film zu Publikumserfolgen fähig. Die Verfilmung von «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» wurde von Netflix ins Programm aufgenommen. Nicht weil es ein Gesetz befohlen hat, sondern weil der Film beim Publikum auf Anklang stösst.

Abstimmung

Das neue Transplantationsgesetz soll die Organspenderate in der Schweiz erhöhen.

Foto: iStock/vchal



Ein Herz für die Organspende

Ja zum Transplantationsgesetz

Die Organspenderate in der Schweiz ist zu tief. Das neue Organtransplantationsgesetz kann dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane sterben.

Im letzten Jahr warteten in der Schweiz 1434 Personen auf ein Spenderorgan. Jede Woche starben ein bis zwei Personen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zudem sehr tief. Auch der 2013 lancierte Aktionsplan des Bundes, durch welchen die Spenderate massgeblich gesteigert werden sollte, hat zu wenig gebracht. Dass Handlungsbedarf besteht, ist somit unbestritten.

Das Parlament hat vor diesem Hintergrund das Transplantationsgesetz revidiert und sich für einen Systemwechsel entschieden: Heute muss, wer nach dem Tod seine Organe spenden will, dem zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmen und diesen Entscheid auf einem Spenderausweis oder im nationalen Organspenderegister festhalten. Man bezeichnet dies als «Zustimmungslösung». Neu sollen nun Personen, die ihre Organe nach ihrem Tod nicht spenden möchten, dies explizit festhalten müssen. Man geht damit zur sogenannten «Widerspruchslösung» über.

Bevölkerung ist positiv eingestellt

Diese Regelung gilt bereits in den meisten europäischen Ländern, und es zeigt sich, dass die Or-

ganspenderaten dort deutlich höher sind. Auch für die Schweiz ist dies der richtige Weg. Aus Umfragen ist nämlich bekannt, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Dies dokumentiert haben jedoch nur wenige; 2017 hatten nur rund 16 Prozent der Befragten eine Spenderkarte ausgefüllt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel auch in der Schweiz mehr Organe transplantiert werden könnten.

Auch mit dem neuen Gesetz wird es keinen Automatismus geben. Ist im Falle des Todes eines Menschen sein Wille nicht bekannt, weil er diesen nicht dokumentiert hat, werden seine nächsten Angehörigen befragt, ob sie seinen Willen kennen. Sie können der Organentnahme widersprechen, wenn sie der Meinung sind, dass dies dem Willen des Verstorbenen entsprochen hätte. Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, ist die Organspende unzulässig.

Sorgfältige Prüfung

Am Prozess der Organtransplantation ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Es gelten weiterhin die gleichen Regeln zum Beispiel in Bezug auf die Feststellung des Todes einer Person. Insbesondere

müssen zwei Ärztinnen oder Ärzte, die nicht zum Transplantationsteam gehören, den Tod unabhängig voneinander feststellen. Dies erfolgt in einem Spital auf der Intensivstation. Die absurde Behauptung der Gegner des Gesetzes, Unfallopfern könnten noch auf der Unfallstelle – mithin auf der Strasse – nun sämtliche Organe entnommen werden, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

Hingegen ergibt sich durch die neue Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Angehörigen eines Verstorbenen, dies zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen die Widerspruchsregelung gilt. Sie müssen in einer ohnehin sehr belastenden Situation nicht zusätzlich einen schwierigen Entscheid anstelle des Verstorbenen fällen. Vielmehr können sie davon ausgehen, dass er ihnen gegenüber die Ablehnung einer Organspende zu Lebzeiten geäußert hätte. Dass eine umfassende Information der Bevölkerung über das neue Konzept nötig ist, ist selbstverständlich und auch so vorgesehen.

Das neue Transplantationsgesetz kann somit dazu beitragen, dass auch in der Schweiz mehr Organe gespendet werden und mehr Leben gerettet werden können. Und bedenken wir: Das Risiko, selbst auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, ist sechsmal höher als selbst zum Spender zu werden. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum neuen Gesetz.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Mit eigenständigen und konstruktiven Vorschlägen ist die FDP für kommende Wahlen gut aufgestellt.

Foto: iStock/Anton_Sokolov



Der Weg stimmt

Jetzt den Schwung mitnehmen

Im Kanton Basel-Landschaft haben die Vorarbeiten für die kantonalen Wahlen Anfang 2023 begonnen. Der Baselbieter Jungfreisinnige Sebastian Binggeli zeigt auf, wie liberale Lösungen zum Erfolg führen können.

Im Februar 2023 sind im Kanton Basel-Landschaft Landratswahlen und im Herbst 2023 folgen die nationalen Wahlen. Dieser zeitliche Horizont bietet Anlass, die aktuellen politischen Gegebenheiten und Entwicklungen zu betrachten. Dies ist insbesondere interessant im Kontext der Frage, warum liberale Impulse und somit die FDP als liberale Taktgeberin aktuell besonders gefragt sind und dies auch in absehbarer Zukunft sein sollen.

Beachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Kantons- und Kommunalwahlen, lässt sich durchaus ein positiver Trend zugunsten der FDP erkennen und auch momentane Themenkonjunktur verlangt nach liberalen Ansätzen.

Erkenntnisse aus den letzten Wahlen mitnehmen

Bei den letzten Wahlen liessen sich einige bemerkenswerte Tendenzen beobachten. Hierzu punktgenau passend ist ein Zitat von Markus Somm, geäussert am letzten Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz: «Die SP und die SVP sind die grossen Parteien von gestern.» Die SVP profitiert noch vom Proporz, verliert aber laufend Wahlen. Wie keine andere Partei hat sie sich mit ihren Positionen zur Corona-Politik und aktuell zum Krieg in der Uk-

raine verrannt und lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen.

Auch auf der linken Seite des Spektrums tut sich einiges: Die SP verliert am Laufmeter Wahlen und Sitze; insbesondere an die Grünen. Diese Entwicklung ist aufgrund der Aktualität der Umwelt- und Klimaschutzthemen nachvollziehbar. Doch hat die SP auch inhaltlich und intern an Breite verloren. Spätestens unter dem aktuellen Führungsduo sind sozialliberale Positionen marginalisiert. Die SP erzielt höchstens noch Erfolge bei Referenden.

Auch lässt sich bei den Ergebnissen der Grossratswahlen im Kanton Bern eine weitere Beobachtung machen: Das linke Lager verliert insgesamt. Davon profitiert die GLP, welche seit ihrer Gründung laufend nach links wandert. Somit ist es nicht zwingend die FDP, die auf Kosten der GLP verliert. Ganz im Gegenteil bieten sich durch das Abdriften der SVP und das Konkurrieren der GLP mit dem linken Lager neue Spielräume, welche es zu nutzen gilt.

Wichtige Themengebiete kantonal behandeln

Auch die FDP Baselland profiliert sich mit eigenen



Sebastian Binggeli trifft Bundespräsident Ignazio Cassis anlässlich einer Delegiertenversammlung.

Ideen. So hat die Landratsfraktion das Vorstoss-paket «Fit für die Zukunft BL» lanciert: eine Zusammenstellung an Postulaten und Motionen für einen wettbewerbsfähigeren Kanton. Auch in der Energiepolitik ist die Partei nicht untätig. Themen wie die künftige Energiespeicherung und die Nutzung von Wasserstoff sind in Behandlung und erfolgreich überwiesen wurden Vorstösse zur definitiven Hürdensenkung für die Nutzung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarenergie. Insbesondere Letzteres könnte auch ein spannendes Thema für andere Kantone sein.

Voraussetzungen nutzen

Als junges, aktives FDP-Mitglied und insbesondere als Kandidat bei den kantonalen Wahlen in Baselland ist es mir ein Anliegen, dass die beschriebenen Entwicklungen anhalten, eingeschlagene Richtungen weiterverfolgt werden und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die FDP verfügt über gute Voraussetzungen für Wahlerfolge, die es zu nutzen gilt.

Sebastian Binggeli, Bachelor-Mentee FDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Oberwil BL und Delegierter FDP Schweiz



Die FDP zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf eine Erweiterung des Verhandlungspakets. Der sektoriellen Optik in einzelnen Themenfeldern soll die dynamische Rechtsübernahme zugrunde liegen, bei welcher die vitalen Interessen der Schweiz durch Schutzklauseln ausgeklammert werden können.

Im Herzen des europäischen Kontinents gelegen, teilt die Schweiz die europäische Geschichte, die Kultur und die Wertvorstellungen. Die FDP will darum auch in Zukunft eine geregelte Kooperation mit der EU und einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt. Das Erfolgsmodell der bilateralen Verträge mit der EU muss weitgeführt werden, denn sie erleichtern nicht nur den tagtäglichen Handel mit unseren wichtigsten Handelspartnern, sondern sind auch ein bedeutender Faktor unserer Standortattraktivität.

Die Europapolitik der FDP basiert auf folgenden drei Hauptzielen:

1. Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt).
2. Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich in den Bereichen Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom usw.
3. Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, um einen diskriminierungsfreien und ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern.

Erweiterung des Verhandlungspakets (Bilaterale III)

Aus Sicht der FDP gilt es nun, ein neues Verhand-

lungspaket (Bilaterale III), angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen, zu schnüren. Durch die Vergrößerung der Verhandlungsmasse erhalten beide Seiten mehr Handlungsspielraum. Die Verhandlungen der einzelnen Dossiers sollen durch eine Bündelung so ausgestaltet werden, dass die gegenseitigen Interessen ausgeglichen sind. Die Erweiterung zu einem Verhandlungspaket soll eine breite Akzeptanz ermöglichen.

Sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen

Weil der horizontale Lösungsansatz mit einem Rahmenabkommen zu keiner Lösung geführt hat, schlägt die FDP eine sektorielle Optik vor. Konkret bedeutet dies, dass sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen gesucht werden. Das Grundmodul ist dabei immer gleich aufgebaut: Es beinhaltet die Frage der Dynamisierung sowie der Streitbeilegung, unter der Wahrung der direkt-demokratischen Rechte. Dieser sektorielle Ansatz erlaubt es, in den einzelnen Themenbereichen – je nach Interessenlage – Sonderregeln durch Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten vorzusehen. Denn die Interessenlage bei der Personenfreizügigkeit ist anders als bei einem Gesundheitsabkommen.

Dynamische, aber nicht automatische Rechtsübernahme

Um Rechtssicherheit zu schaffen, spricht sich die FDP für die dynamische Rechtsübernahme aus, unter Wahrung der direkt-demokratischen Prozesse der Schweiz. Im Gegenzug zur erhöhten Rechtssicherheit der EU soll die Schweiz ein Mitwirkungsrecht erhalten, mit dem sie bei der Entstehung neuer Richtlinien beteiligt ist.

Zweistufige Streitbeilegung

Für den Fall, dass zwischen der Schweiz und der EU keine Einigkeit über die Umsetzung eines bestimmten Abkommens besteht, muss ein Streit-schlichtungsmechanismus vorgesehen werden. Sowohl die Schweiz als auch die EU sind ihm genau gleich zu unterstellen. Die FDP schlägt hierzu ein zweistufiges Vorgehen vor: In der ersten Phase würde der zuständige Gemischte Ausschuss über die Differenz beraten. Wird hierbei keine Einigung gefunden, ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen. Dieses würde prüfen, ob die zu implementierenden Ausgleichsmassnahmen angemessen sind.

Beiträge der Schweiz

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zahlt die Schweiz bereits heute diverse Beiträge an die EU (z.B. bei Frontex, Kohäsionsbeitrag). Die FDP ist im Rahmen eines gesamten Verhandlungspakets im Grundsatz bereit, weiterhin Beiträge an die EU und ihre Mitgliedsländer zu leisten, insbesondere wenn dadurch vitale Interessen der Schweiz durch Opting-outs beziehungsweise Schutzklauseln geschützt werden. Sollte die EU Marktzutrittsabkommen nicht vollständig umsetzen, würde sich nebst einer wechselseitigen Ausgleichsmassnahme auch die Reduktion des entsprechenden Beitrags ergeben.

Die FDP ist überzeugt, mit dem erarbeiteten Europapapier einen konstruktiven Beitrag in diesem zentralen Dossier für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz zu leisten. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von der Fraktion, dem Parteivorstand und der Parteipräsidentenkonferenz gutgeheissen. Die abschliessende Beschlussfassung erfolgt durch die Delegierten der FDP Schweiz an der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt.

QR-Code scannen
und das ganze
Europapapier lesen.



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Revision des Filmgesetzes



JA

Frontex-Schengen



JA

Revision Transplantationsgesetz

AGENDA

25. Juni 2022, Andermatt
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Einladung zum Fachreferat

«Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

- > **Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich**, «Widder Hotel», Rennweg 7, 8001 Zürich
- > **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat**, Eintritt frei. Keine Anmeldung notwendig.



KOLUMNE Freisinniger Tag der Arbeit



Der 1. Mai steht vor der Tür und wir sollten den «Tag der Arbeit» nicht länger ignorieren. Der Feiertag ist traditionell linkes Terrain, doch auch die Bürgerlichen sollten sich nicht verstecken. Für sie bedeutet Arbeit nicht einen Kampf wie bei der Linken, sondern ist vielmehr ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und Unabhängigkeit für alle.

Im Jahr 1886 bildete ein Streik für die Forderung nach einem Achtstundentag die Grundlage für den Tag der Arbeit am 1. Mai. Die Bemühungen für verbesserte Arbeitsbedingungen wurden in der Folge von der Linken aufgenommen. Wenn wir die linken Parteien von heute betrachten, die gegen alles kämpfen, was überhaupt nach Arbeit aussieht, scheinen die ursprünglichen Bemühungen weit weg. Was damals ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war, ist heute ein Kampf gegen die Arbeit selbst.

Wenn es heute darum geht, besser und nicht unbedingt weniger zu arbeiten, muss die FDP die erste Wahl sein. Die FDP ist die Partei der Innovation und der Digitalisierung. Wir sind die einzige Partei, die das Gentechnik-Moratorium offen bekämpft und die führende Kraft bei der Entwicklung des 5G-Netzes. Die FDP verkörpert Unternehmertum: Offenheit, Mut und Ehrgeiz. Dabei geht es nicht darum, Erfolge zu sammeln und sich darauf auszuruhen, sondern einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Stagnation bedeutet Rückschritt und etwas zu wagen, bedeutet Fortschritt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag der Arbeit!

Johanna Gapany
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

FDP

Die Liberalen

Keine Experimente mit unserer Sicherheit.

Am 15. Mai

**Frontex-
Schengen**

frontex-schengen-ja.ch

ja